

# BAUGEWERBLICHE VERBÄNDE

BAUGEWERBE-VERBAND NORDRHEIN  
DACHDECKER-VERBAND NORDRHEIN  
DEUTSCHER AUSLANDSBAU-VERBAND E.V.  
FACHVERBAND AUSBAU UND FASSADE NRW  
STRASSEN- UND TIEFBAU-VERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN  
ZIMMERER- UND HOLZBAU-VERBAND NORDRHEIN



Graf-Recke-Str.43  
40239 Düsseldorf  
Tel. 0211/91429-0  
Fax 0211/91429-31  
Postfach 10 14 53  
40005 Düsseldorf

BGV-Präsident Otto kritisiert Haushaltsentwurf für 2015:  
„Die Politik verspielt unsere Zukunft“

## **Ausgaben für Fernstraßen müssen erhöht werden**

**Düsseldorf.** Sorgen um die Standsicherheit wichtiger Autobahnbrücken etwa in Leverkusen und Köln, die Sauerlandlinie nach gerade einmal 45 „Dienstjahren“ ein kompletter Sanierungsfall, Schwerlasttransporte, die nur über enorme Umwege ihr Ziel erreichen – unsere Verkehrsinfrastruktur ist vielerorts marode. Da passt es nach Ansicht der Bau-gewerblichen Verbände nicht ins Bild, dass im Etat des Bundesverkehrsministeriums auch im kommenden Jahr lediglich 5,2 Milliarden Euro für Investitionen in die Fernstraßen vorgesehen sind. BGV-Präsident Rüdiger Otto appelliert daher an die nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten, Initiativen zu unterstützen, mehr Geld bereitzustellen.

Eine Expertenkommission hatte errechnet, mindestens sieben Milliarden Euro seien pro Jahr nötig, um den Bestand an Fernstraßen zu sichern. Diese Summe werde heute von niemandem mehr bestritten, meint Otto. Deswegen sei es umso unverständlicher, dass die Bundesregierung noch nicht einmal jene 5,4 Milliarden Euro in den Haushalt für 2015 eingestellt hat, die in den Jahren 2010 bis 2013 ausgegeben worden sind. „Gerade in Nordrhein-Westfalen erleben wir Tag für Tag, wie gravierend inzwischen die Mängel sind. Die Tempolimits, die Gewichtsbeschränkungen und sogar die Sperrungen von Brücken gehen längst über das hinaus, was man als Unbequemlichkeiten abbuchen könnte. Vielmehr haben sie ein Ausmaß angenommen, das den Wirtschaftsstandort gefährdet. Die Politik muss darauf endlich angemessen reagieren“, fordert der BGV-Präsident. Wenn für NRW jetzt 250 Millionen Euro bis 2017 als Zusatzmittel in Aussicht gestellt würden, sei dies immerhin ein erstes positives Signal.

„Selbstverständlich unterstützen wir die Bemühungen der Großen Koalition, den Bundeshaushalt ohne neue Schulden zu bestreiten. Die sogenannte Schwarze Null ist richtig und wichtig. Es gibt jedoch auch andere wichtige Aufgaben

**PRESSEINFORMATION**

*des Staates, darunter eine leistungsfähige Infrastruktur“, so Otto weiter. Die Politik verspiele die Zukunft des Landes und den Wohlstand von morgen, wenn sie hier nicht ausreichend investiere.*

*Das immer wieder vorgebrachte Argument der knappen Mittel ziehe in diesem Fall nicht. Schließlich zahlten die Autofahrer über Kfz- und Mineralölsteuern rund 50 Milliarden Euro in die Staatskasse. Zuviel dieses Geldes werde für andere Zwecke verwendet, kritisieren die BGV.*

*Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund steht der Verband auch Überlegungen skeptisch gegenüber, die Privatwirtschaft noch stärker in den Bau und die Erhaltung der Fernstraßen einzubeziehen. „Wir sehen uns unverändert in unserer Kritik bestätigt, dass Projekte der sogenannten Öffentlich-Privaten Partnerschaft deutlich teurer sind als konventionelle Realisierungen. Künftige ÖPP-Vorhaben oder eine Infrastrukturgesellschaft müssen deswegen mittelständisch geprägt sein.“*

PI 09/2014